

**AUSZUG AUS DEM
WORTPROTOKOLL**

der 35. Sitzung der

XIX. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 3. Juli 2008

10.09 Uhr - 21.12 Uhr

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 847), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2008) zugestimmt wird (Zahl 19 - 515) (Beilage 869)

Berichterstatte r: Josef L o o s (S. 5665)

Redner: Mag. Josko V l a s i c h (S. 5665), Johann T s c h ü r t z (S. 5668), Leo R a d a k o v i t s (S. 5669) und Mag. Georg P e h m (S. 5671)

Annahme des Beschlussantrages (S. 5674)

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 847), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2008) zugestimmt wird (Zahl 19 - 515) (Beilage 869)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Die Berichterstattung über den 5. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Beschlussantrag, Beilage 847, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2008) zugestimmt wird, Zahl 19 - 515, Beilage 869, wird Herr Landtagsabgeordneter Josef Loos vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Josef Loos: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2008) zugestimmt wird, in ihrer 28. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. Juni 2008, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2008) wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Danke. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Josko Vlasich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Poštovani Predsjedniče! Poštovane poslanice i poslaniki u zemaljski sabor!

Ich möchte, bevor ich in die Debatte über den Stabilitätsbeitrag eintrete, auf zwei vorausgegangene Diskussionen knapp, kurz eingehen, die auch mit Geld und mit Finanzen zu tun haben und der Stabilitätspakt hängt doch auch unmittelbar mit dem Finanzausgleich Bund, Länder zusammen und auch Gemeinden.

Ich möchte vorher nur zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Pehm kurz sagen, wenn er die Ausgaben des Landes für Soziales, für öffentlichen Verkehr und so weiter, hier so hoch lobt, mit 80 Prozent mehr ausgegeben, und 100 Prozent mehr ausgegeben, dann sollten wir auch nicht vergessen, dass es da sozusagen Einnahmen in dieser Höhe,

in den letzten fünf, sechs Jahren gegeben hat, die in etwa diesen Ausgabensteigerungen entsprechen.

Somit hat sich natürlich, wenn man gut nachrechnet, wahrscheinlich die Finanzierung dieser Ausgaben nicht um 80 Prozent, sondern vielleicht, möglicherweise um fünf Prozent oder (*Abg. Christian Sagartz: 3,5 Prozent.*) um 3,5 Prozent, wahrscheinlich wird das unterschiedlich sein, je nachdem wie man rechnet, erhöht. Also, man soll auch wirklich sozusagen die Kirche im Dorf lassen, Herr Kollege Pehm. Das ist das Eine.

Das Zweite ist, und da möchte ich dem Obmann des Gemeindebundes oder Gemeindevertreterverbandes, so heißt das genau, Herrn Kollegen Schmid auch sagen, dass gerade ich nicht ganz verstehe, warum er einerseits sagt, die Gemeinden dürfen nicht mehr länger ausgehungert werden, es darf nicht mehr in diesem Bereich passieren.

Andererseits, wenn ich jetzt zum Stabilitätsbeitrag komme, hat seine Partei diesem Stabilitätspakt zugestimmt und wird auch heute, was ich weiß, diesem Pakt zustimmen, wo ja unter anderem auch die Minderleistungen für die kleineren Gemeinden angeführt sind.

Wenn ich schon bei den Gemeinden bin, dann auch noch einen Satz dazu: Wenn Bürgermeister, Gemeindevorstand und Gemeinderäte der Ansicht sind, sie müssen riskante Geschäfte machen, und sozusagen auf ihre Gemeindeautonomie pochen, dann denke ich mir, sollen sie das tun, aber sie sollen dafür auch die Haftung übernehmen. Sie sollen persönlich dafür haften, wenn sie mit öffentlichen Geldern spielen wollen.

Dann sollen sie dafür persönliche Haftung übernehmen, der Bürgermeister, der Gemeindevorstand, die Gemeinderäte persönlich und namentlich. Dann, bin ich überzeugt davon, dass sie sich das gut überlegen werden, ob sie solche Geschäfte, Riskantgeschäfte, überhaupt eingehen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Nun zum Stabilitätsbeitrag der Länder: Wird bis Jahr 2013 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vereinbart. Wir wissen, dass dieser Beitrag im heurigen Jahr 0,45 des BIP ausmacht, dann 0,49 und ab dem Jahr 2010 0,52.

Die Aufteilung dieses Beitrages auf die einzelnen Länder erfolgt nach der Bevölkerungszahl, die auch für die Überweisung der Ertragsanteile im Finanzausgleich 2008 herangezogen wird.

Somit hat der vorliegende Stabilitätspakt 2008, der heute hier angenommen wird, unmittelbare Auswirkungen auch auf die Finanzierung der Gemeinden und dem Finanzausgleich, den wir, das sage ich jetzt gleich mal hier, ablehnen werden.

Ich begründe es damit, dass es wiederum auch diesmal sehr rasch gegangen ist. Die Gemeinden, Bund und Länder haben sich sehr rasch geeinigt auf die Mittel. Es wurde wiederum wie auf einem Basar verhandelt. Man hat sozusagen die entsprechenden Wünsche mit ein paar Millionen Euro befriedigt und somit sind dann letztendlich, wenn ich das so sagen darf, strafverschärfend, die kleinen Gemeinden übrig geblieben.

Denn die wissen nun, dass ab dem heurigen Jahr die aktuelle Einwohnerzahl für die Berechnung der Ertragsanteile herangezogen, also nicht mehr die Einwohnerzahl der letzten Volkszählung, sondern die aktuelle Einwohnerzahl, und damit werden kleinere Gemeinden, und das ist die Mehrheit aller burgenländischen Gemeinden, wie wir wissen, das sind mehr als 130 Gemeinden, davon betroffen sein, finanziell tatsächlich ausgehungert.

Unserer Ansicht nach, hätte man hier viel mehr auf die Aufgabenorientiertheit dieser Geldzuweisungen hinweisen müssen und nicht nur den Bevölkerungsschlüssel

hernehmen. Das reicht nämlich nicht aus, um eben den Ärmsten unserer Gemeinden unter die Arme zu helfen.

Jene, wir wissen aufgabenorientierter Finanzausgleich, jene die besondere Aufgaben zu erfüllen haben, sollen für diese Aufgaben die entsprechenden Mittel bekommen, seien es Schulen, seien es Kulturhäuser, Gesundheitseinrichtungen et cetera. Andererseits sollte unserer Ansicht nach, auch viel mehr der Bevölkerungsrückgang in den kleineren Gemeinden berücksichtigt werden, damit diese Gemeinden ihre infrastrukturellen Aufgaben erfüllen können.

Andererseits, wer seine Gemeinde nur verwaltet, keinerlei höhere Investitionen tätigt für die Allgemeinheit, der soll unserer Ansicht nach, auch weniger bekommen. Nun höre ich, dass im Bund der Finanzausgleich, der also im Bund verhandelt wurde, seitens des Landes abgedeckt werden muss. Wir haben ja schon gehört im Vorfeld der heutigen Budgetrede, dass angeblich Mittel nicht vorgesehen sind, die als Ausgleich für die Verlierergemeinden gedacht sind.

Da möchte ich schon anführen, dass ich mich darüber schon wundere. Ich kann mich noch erinnern, dass vor ein paar Jahren, als in Wien eine schwarz-blaue Regierung tätig war, die SPÖ hier immer wieder Ansätze unsererseits abgestoppt hat, wenn es darum ging sozusagen, Ertragsausfälle auszugleichen.

Das war im Bereich der LehrerInnen, kann ich mich erinnern. Es war im Bereich des öffentlichen Verkehrs, bei Pensionskürzungen und so weiter, hier hat es immer geheißen, ja wir können doch nicht die Aufgaben des Bundes übernehmen. Das ist Aufgabe des Bundes und wenn wir das einmal zahlen, dann werden wir das immer wieder zahlen müssen!

Nun bitte, haben wir den gleichen Fall. Wir haben, der Bund lässt aus, und hier vom Land aus wird dann plötzlich eingegriffen. Dann sage ich, warum bitte stimmt Ihr dann einer Vereinbarung zu, die unseren Gemeinden weniger bringt? Diese Antwort hätte ich gerne von Seiten der SPÖ!

Ja, was noch weiter verabsäumt wurde, mit den Mitteln des Finanzausgleichs, zum Beispiel steuernd einzugreifen, das ist unserer Ansicht nach der Bereich der Wohnbauförderung. Wir wissen, dass gerade dort sehr viele Mittel bewegt werden und man insbesondere, was ökologische Kriterien, Mindestkriterien der Wohnbauförderung anlangt, rechtzeitig und wahrscheinlich auch dringend, unserer Ansicht nach, etwas tun hätte müssen.

Bundesminister Pröll hat sich da zurückgelehnt, er hat gerade in dem Bereich, für heuer mehr oder weniger ausgelassen. Wir wissen, dass diese Mittel erst ab dem kommenden Jahr an Mindestkriterien gebunden werden sollen. Ja, so können die Länder munter weiter asphaltieren, weiter betonieren, mit Mitteln, die eigentlich für die Wohnbauförderung vorgesehen sind.

Ganz zuletzt sei noch betont, dass ich nun schon zum wiederholten Male den Landtag auffordere, uns alle gemeinsam auffordere, die Regierung aufzufordern, die Landesumlage, die ja dem Land, der Regierung, Millionen jährlich einbringt, endlich einmal abzuschaffen!

Ich glaube, das sollten wir uns einmal antun, dass wir uns zusammensetzen, der Landtag und sagen: Bitte, weg mit der Landesumlage! Das ist auch ein Mittel, um den Gemeinden mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Dann sind wir nicht angewiesen auf die „Willkür“, sage ich einmal unter Anführungszeichen, der jeweiligen Regierungsmitglieder, ob sie dann sozusagen durch die Dörfer gehen und ihre Trinkgelder in Form von Ertragsanteilen austeilen.

Also, mein Vorschlag, Landesumlage abschaffen! *(Beifall bei den Grünen)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten!

Schon Vieles wurde vom Kollegen Vlasich erwähnt, einzig und allein ist auch natürlich die Budgetpolitik der EU in Frage zu stellen und zwar deswegen in Frage zu stellen, weil das Auslagern von Schulden, meines Erachtens, eine reine Kosmetik ist. Das heißt, es schafft im Endeffekt eigentlich nur neue Verbindlichkeiten. Man hat jetzt die Möglichkeit, neue Betätigungsfelder zu finden, wo man definitiv auch mit Schulden belastet ist. Ob das ausgelagert ist oder nicht, Faktum ist, die Schulden sind vorhanden.

Die großen Probleme sind weiterhin ungelöst. Die Frage beispielsweise nach der Zukunft im Bereich der Pflege und Betreuung, ist auch hier definitiv nicht geregelt. Vor allem die budgetäre Situation der Gemeinden hat überhaupt kein Gewicht und ist im Stabilitätspakt nicht so verankert, wie es sein sollte. Es ist so, dass eigentlich auch die Budgetlöcher für das Land gestopft werden sollen.

Man weiß, dass die Gemeinden im Sozialbereich an die 30 Prozent mehr Ausgaben haben. Das heißt, die Zulage, die Zuwendung, wurde erhöht. Es gibt natürlich dann auch nicht die Möglichkeit, selbst zu gestalten. Das heißt, die Gemeinden sind gedrängt zu verwalten und nicht zu gestalten. Das ist das Problem, dass auch dann greift, wenn die sozialen Zwecke angesprochen werden sollen. Wenn man bedenkt, dass im Bereich der Gemeinden der kostenlose Kindergarten, der von uns schon mehrmals angesprochen worden ist, eher eine schwierigere Möglichkeit ist, in Folge dieser Situation, wobei natürlich die Kosten selbst nicht so hoch wären.

Uns Freiheitlichen wäre natürlich auch sehr, sehr wichtig, diesen Sozialbereich, dieses soziale Element, auch in die Orte zu verlagern. Es wäre nicht nur wichtig kostenlose Kindergärten zu haben, denn man darf eines nicht vergessen, dass der Beruf der Kindererziehung eines der wichtigsten Berufe überhaupt ist.

Wenn man sich vorstellt, dass es keine Kindererziehung mehr geben würde. Oder keine Kinder mehr geben würde, wären wir alle vom Aussterben bedroht, es würde keine Schulen geben, keine Kindergärten geben, keine LehrerInnen geben und so weiter, und so fort. Daher ist das Wichtigste, dass wir beachten sollten, die Kindererziehung selbst. Dort wird zu wenig getan für Mütter und auch Väter, weil auch der Spielraum nicht vorhanden ist. Daher wollen wir uns auch vermehrt um die Kindererziehung und ein Kindererziehungsgehalt bemühen, und um den Beruf der Kindererziehung, um die Anerkennung der Kindererziehung.

Nicht wenn das Kind ein Jahr alt ist, schaut, dass ihr irgendwo das Kind hingibt und schaut, dass ihr irgendwo zur Arbeit kommt. Das heißt, wir stehen nicht dafür, sondern wir stehen für die Kindererziehung. Ich weiß schon, dass das natürlich ein konträrer Ansatzpunkt ist, aber das soll so sein.

Wir wollen natürlich auch mehr und mehr hervorstreichen, dass das Bewusstsein der Familien gefördert wird, nicht nur die sofortige und der schnelle Weg zur Arbeit, sondern das Bewusstsein der Familie.

Deshalb ist es auch wichtig zu erkennen, dass die Gemeinden nicht da sind um Budgetlöcher für das Land zu stopfen und die Schulden des Landes zu übernehmen. Die Gemeinden sollten auch nicht dazu befähigt werden, Schulden zu machen, Schulden

auszulagern, nur damit das Maastrichtkriterium erfüllt ist. Sondern es wäre viel besser, einen Stabilitätspakt zu entwickeln, wo Gemeinden nicht nur verwalten können, sondern auch gestalten. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Walter Prior *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Leo Radakovits das Wort.

Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik, der österreichische Stabilitätspakt 2008, steht zur Beschlussfassung an.

Ursprünglich wäre es nicht notwendig gewesen den Stabilitätspakt neu zu fassen, der letzte, der Stabilitätspakt 2005 hat noch seine Gültigkeit aufgrund des alten Finanzausgleichsgesetzes bis zum Ablauf des Jahres 2008. Aber nachdem die Bundesregierung sich auf einen neuen Finanzausgleich im Jahr 2007, beginnend mit dem Jahr 2008 geeinigt hat, war es auch notwendig, einen neuen Stabilitätspakt zu formulieren.

Für das Land Burgenland insofern ein Vorteil, weil im alten Stabilitätspakt, wenn er noch für das Jahr 2008 gegolten hätte, festgeschrieben war, dass ein Überschuss von 0,75 Prozent des BIP für das Jahr 2008 zum gesamtstaatlichen Konsultierungspfad beizutragen wäre. Während nun jetzt im neuen Stabilitätspakt 2008 statt diesen 0,75 Prozent nur mehr 0,45 Prozent des BIP an den Bund abzuliefern sind.

Während der Bund noch Defizitquoten hat und die Gemeinden einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen müssen, haben die Länder Überschüsse zu erwirtschaften. Dies mit dem Argument, dass ihnen die Wohnbauförderung nicht mehr zweckgebunden, sondern zur freien Verfügung überlassen wurde. Das war eben der Wunsch der Ländervertreter im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen so, gibt aber auch den Ländern dadurch mehr Möglichkeiten, sich finanziell und förderlich zu bewegen.

Die Frage der Landesumlage ist angesprochen worden. Ursprünglich ein Relikt aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, in der Finanzverfassung von 1948, nur deswegen den Ländern zugestanden, weil sie damals die Länderbesteuerungsrechte verloren haben. Die Gemeinden haben nur mehr die Grundsteuer, Getränkesteuer und die damalige Gewerbesteuer selbst ausschreiben dürfen. Die Länder nicht mehr, und deshalb hat man die Gemeinden mehr oder weniger vergattert, von diesen Steuern an die Länder Umlagen zu zahlen.

Diese Landesumlage ist ursprünglich als Provisorium gedacht gewesen und wie so oft, halten die Provisorien am längsten. So auch hier bei der Landesumlage. Ein Bundesland hat sie abgeschafft, Niederösterreich. Ein Bundesland hat sie etwas gesenkt, Oberösterreich. Sonst ist sie in voller Höhe überall ausgeschrieben. Meine Intention im Landeskoordinationskomitee vom Dezember 2007 war die, dass die Landesumlage, wenn sie schon eingehoben wird, nachdem sie von den ertragsstärkeren, finanzstärkeren Gemeinden mehrheitlich bezahlt wird, sollte sie auch wieder den Gemeinden zurücklaufen und eben für die finanzschwächeren Gemeinden verwendet werden, dass wir einen Ausgleich hätten.

Der Vorschlag von mir war, dass man dann aufgrund des neuen Finanzausgleichs und der neuen Verteilung bereits ab dem Jahr 2009 diese Minusgemeinden mit diesen Erträgen aus der Landesumlage dann beteiligt und quasi hier einen Ausgleich schafft.

Leider, wie wir gehört haben, ist dieser Ausgleich für das Jahr 2009 nun nicht budgetiert, so wie es im Landeskoordinationskomitee beschlossen ist, was eigentlich

entgegen dem Faktum ist. Das ist eigentlich von uns zurückzuweisen. Man wird sicherlich diesbezüglich noch Verhandlungen führen müssen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es notwendig ist, um diese Stabilitätspolitik, die Bund, alle neun Bundesländer und die 2.358 Gemeinden, in einem Paket für Brüssel abliefern müssen. Dass es hier natürlich notwendig ist, Koordinationskomitees auf Bundesebene, auf Landesebene einzurichten, um die einzelnen Vorgangsweisen abzustimmen.

Die Rechnungsabschlüsse aller Gebietskörperschaften werden jährlich zusammengerechnet und der EU gemeldet. Aufgrund der guten Ertragsituation bei den Steuern, sind diese Defizitquoten Gott sei Dank gesunken und somit auch unsere Beitragsleistungen. Der neue Finanzausgleich hat den Gemeinden, vor allem auch bereits in den ersten drei Jahren jetzt vom Jahr 2008 bis 2010 insofern Erleichterungen gebracht, und wir merken es alle in den Gemeinden draußen, Zuwachs von 8,6 Prozent alleine vom Jänner bis Juni 2008 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Wo man sagen muss, dass es bereits im Vorjahr einen Zuwachs von 6,4 Prozent gab. Von 2007 umgelegt auf das Jahr 2006. Das heißt, die Ertragsituation hat sich gut entwickelt und die Gemeinden hätten von dieser Seite keine Probleme ausgleichend zu budgetieren und dementsprechende Haushaltsergebnisse im Sinne des Stabilitätspaktes abzuliefern.

Leider muss man aber auch sagen, sind die Ausgaben, die zweckgebunden sind, erheblich gestiegen. Im Burgenland alleine die Sozialausgaben plus 20 Prozent gegenüber sechs Prozent österreichweit, im letzten Gemeindefinanzbericht nachzulesen. Nachdem es vorher einen Zuwachs von 12 Prozent gegeben hat, ist dies wiederum fast eine Verdoppelung des Zuwachses.

Dadurch engt sich natürlich auch der Spielraum, vor allem der Investitionsspielraum der Gemeinden, massiv ein. Hier wird man sicherlich auch Anstrengungen unternehmen müssen, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden weiter aufrecht erhalten zu können. Vor allem angesichts der Tatsache, dass der Finanzausgleich auf sechs Jahre abgeschlossen wird.

Was natürlich noch ideal ist für die Gemeinden in Österreich, auch im Burgenland natürlich, ist die Tatsache, dass über diesen Stabilitätspakt der Konsultationsmechanismus gelegt ist. Kein anderes Land in der EU von den 27 EU-Ländern hat diese Möglichkeit für die Gemeinden verpflichtend niedergeschrieben. Dass die Gemeinden das Recht haben, wenn sie innerhalb der Finanzausgleichsperiode mit neuen Aufgaben belastet werden, dass sie dagegen Einspruch erheben können. Das heißt, dass alles mit den Gemeinden auch verhandelt werden muss. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das ist gut so. Dies gibt Sicherheit den Gemeinden, gibt auch Sicherheit der Bevölkerung, dass die Gemeindehaushalte stabil gehalten werden können. Gibt aber auch Sicherheit dem Land und dem Bund, dass die Ergebnisse dementsprechend dann auch realisiert werden können.

In dem Sinne ist dieser Stabilitätspakt 2008 von uns zu sehen. Wir werden selbstverständlich diesem Stabilitätspakt unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Georg Pehm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Georg Pehm (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich habe vorher in einem Zwischenruf eine Aussage gegenüber dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter gemacht, die nicht in Ordnung war. Ich habe ihm das auch persönlich gesagt. Ich bedaure das und ziehe meine Bemerkung zurück. Das soll nicht mehr vorkommen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber: *(Einige ÖVP-Abgeordnete: Aber, hat er gesagt!)* Dann bemühe ich mich jetzt um ein freundliches „Aber“. *(Abg. Oswald Klikovits: Sage es nicht!)* Diese Emotionalität, die entsteht, die ist doch verständlich. Weil wir uns jetzt schon bei der dritten dringlichen Anfrage, und seit 15 Monaten händeringend darum bemühen, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter in dieser ganzen bedauerlichen Devisenoptionsgeschichte endlich einen reinen Tisch macht und dass das in Ordnung geht und dass nicht weiterer Schaden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eintritt. *(Abg. Oswald Klikovits: Jetzt bekommst Du einmal einen Applaus und Du nützt das nicht!)*

Deswegen kritisieren wir ihn eben. Deswegen verstehen wir seine Vogel-Strauß-Politik nicht. Aber ich bedaure, wenn Worte fallen, die nicht in Ordnung sind. Die Kritik an seiner Sachpolitik oder besser gesagt an seiner Nichtpolitik in dieser Angelegenheit, die müssen wir aber leider aufrecht erhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Thema Stabilitätspakt. Wir stehen zu Stabilität der Finanzen. Wir beweisen das auch. Der Herr Landesrat Bieler als Landesfinanzreferent hat heute bereits den siebenten Rechnungsabschluss in Folge des Landes Burgenlands vorgelegt, der ausgeglichene Haushalte aufweist.

Was mit diesem Stabilitätspakt 2008, den wir heute beschließen werden, zum Ausdruck kommen soll, das lebt die Finanzpolitik im Burgenland eben seit nunmehr sieben Jahren, nicht nur mit einem ausgeglichenen Haushalt und ohne neue Schulden, sondern insbesondere auch indem wir alle die in den Maastrichterfordernissen dargestellten Ergebnisse erwirtschaften.

Im Vorjahr konnte, wie bereits erwähnt, das Burgenland seine Verpflichtungen nach Maastricht nicht nur erfüllen, sondern sogar übererfüllen und das ist Stabilität. Aber was tun Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP? Sie unterstellen Instabilität. Sie dramatisieren, wenn es nur irgendwie geht, die Finanzen des Landes. Häufen Schuldenberge auf, die es nicht gibt. Das soll halt so sein. Sie können das eigentlich nicht mehr anders darstellen. Aber mir ist es auch zu mühsam, jedes Mal aufs Neue diese verstockte Ignoranz aufbrechen zu wollen.

Ich halte aber fest, insbesondere an die Adresse des Herrn Abgeordneten Lentsch, der bedauerlicherweise mit diesem wichtigen Thema wenn es um Stabilität geht, nicht da ist. Ich halte fest, dass der Herr Abgeordnete Lentsch unbelehrbar ist, er haut Schulden, er haut Haftungen, er haut mittel- und langfristige Haftungen, direkte, indirekte, in einen Topf, er ignoriert völlig die tatsächliche wirtschaftliche Realität und die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Ich stelle fest, er hat offensichtlich eine Freude daran, wenn es um eine bestmögliche Schwarzmalerei geht.

Das als Politiker, der als Bürgermeister der Stadtgemeinde Neusiedl den höchsten Schuldenstand aller burgenländischen Gemeinden, aller burgenländischen Städte, zu verantworten hat. Ich bin zwar kein Wirtschaftstreuhandler wie er, aber ich bin zumindest ein erfolgreicher Absolvent der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien.

Daher kann ich zumindest abschätzen und zumindest sagen, dem Herrn Bürgermeister Lentsch würde ich Steuergeld zumindest nicht mehr anvertrauen, denn Sie sehen, was in Neusiedl rauskommt. Ein ziemlicher Schlamassel. Sie müssen jetzt

Grundstücke verkaufen, Wertpapiere hergeben, also mit Steuergeld ist in Neusiedl nicht gut umgegangen worden. *(Allgemeine Unruhe)*

Da lobe ich mir schon den Finanzlandesrat Bieler, wenn man dem Geld gibt, der macht etwas daraus und legt ausgeglichene Haushaltsbudgets vor. Das ist doch etwas Richtiges. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident Radakovits, Sie haben das angesprochen, es gibt dieses Problem der Umstellung, der Berechnungsbasis für die Aufteilung von gemeinschaftlichen Steuererträgen für bevölkerungsschwächere Gemeinden, dass sie unter Druck kommen. *(Abg. Oswald Klikovits: Das ist ein Wiederholungstäter!)*

Herr Abgeordneter Klikovits, ich glaube Sie sind nicht wirklich bei uns, ich möchte Sie zurückholen. Es geht um den Stabilitätspakt, aber es ist halt so. *(Abg. Oswald Klikovits: Herr Kollege Pehm, angesichts Ihrer Rede wäre das nicht verwunderlich!)*

Also ich werde mich jetzt wieder um die kleineren Gemeinden kümmern, die sind wirklich wichtiger als Ihre Zwischenrufe.

Sie haben nur vergessen, Herr Präsident Radakovits, den Stabilitätspakt, den Finanzausgleich, den haben wir auch mit dem Finanzminister Molterer abgeschlossen. Ihr Parteivorsitzender, der Herr Mag. Molterer, dem war das kein großes Anliegen, diesen einkommensschwachen, finanzschwächeren Gemeinden tatsächlich zu helfen.

Ich würde mir wünschen, einmal im Jahr wenigstens, einmal wenn Weihnachten, Ostern und Pfingsten zusammenfallen, dass *(Abg. Leo Radakovits: Wir bekommen ja mehr!)* Ihr zunächst einmal an die Bundesregierung, an Euren Finanzminister für Geld für das *(Abg. Leo Radakovits: 100 Millionen Euro bekommen wir mehr!)* Burgenland herantretet, und dann erst wieder die Finanzen des Landes anspricht.

Mir wäre viel, viel lieber, wenn Sie für die weitere *(Abg. Leo Radakovits: 100 Millionen Euro bekommen wir mehr, Herr Kollege, von 2011 bis 2013!)* Hilfe an die finanzschwächeren Gemeinden an Ihren Finanzminister gehen und nicht immer an den Säckel des Landes. *(Abg. Leo Radakovits: Aber warum soll das Land nicht einbringen, wenn wir Landesumlage bezahlen!)*

Wir, das möchte ich Ihnen schon sagen, da können Sie sicher sein, wir lassen die kleinen Gemeinden sicher nicht im Stich. Der Herr Landesrat Bieler hat auch schon gestern und vorgestern öffentlich klargestellt, zuerst wird gezahlt und dann wird gezahlt. 2009 wird gezahlt, 2010 wird gezahlt. Folglich werden sich die Kleinen bei den Finanzen auf die Sozialdemokratie in jedem Fall verlassen können. *(Abg. Leo Radakovits: So war es nicht ausgemacht! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: So war es nicht ausgemacht! (Abg. Leo Radakovits: Das Paktum lautet anders! - Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Der Stabilitätspakt ist doch ein Instrument mit all seinen Schwächen, wenn es um derartige Zielvereinbarungen geht, der eine stabile Entwicklung der öffentlichen Haushalte sicherstellen soll, gleichzeitig das Vertrauen in die Politik stärkt und somit eine ganz wichtige Funktion erfüllt. Dieser Stabilitätspakt ist vor allem ein politisches Signal.

Was sind die Ziele dabei? Wir wissen, er begrenzt das jährliche Staatsdefizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Insgesamt dürfen die Staatsschulden 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen. Als Politiker sage ich, diese Zielsetzung ist wichtig, weil durch diese Ziffern Grenzen aufgezeigt werden und weil das die einzige Möglichkeit war, zum Beispiel die Defizitexzesse in Italien oder die Verschuldungsexzesse in Belgien, in der Europäischen Gemeinschaft auch tatsächlich in Griff zu bekommen.

Als Volkswirt weiß ich aber auch, diese starren Grenzen, drei Prozent für das jährliche Staatsdefizit, 60 Prozent für die Staatsschulden, sind für sich genommen keine brauchbare Medizin, um sinnvolle Wirtschaftspolitik machen zu können. Denn schief laufende Haushalte bekomme ich damit nicht in den Griff. Im Gegenteil, starre Grenzen verstärken eher die konjunkturellen Unwägbarkeiten, anstatt sie auszugleichen. Deswegen ist aus wirtschaftlicher Sicht der Stabilitätspakt auch mehrfach zu hinterfragen. Politisch begrüße ich ihn. Er ist die zweitbeste Lösung, eine noch bessere haben wir noch nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Punkt ist auch, wenn wir über stabilitätsorientierte Budgetpolitik sprechen, dann schauen alle auf die Ausgabenseite. Aktive Maßnahmen, Anstrengungen, die zu Wachstumsförderung, für zusätzliche Arbeitsplätze, für Beschäftigungsimpulse gesetzt werden, werden meistens ausgeblendet. Diese Einäugigkeit ist ein ganz gravierender Fehler.

Er hat sich leider bewiesen, Herr Kollege Klikovits, in den Jahren 2000 bis 2006, da wurde gespart, gespart und gespart, aber nicht investiert, weder in Bildung noch in die sozialen Systeme, noch in die Infrastruktur und anderen wichtige Maßnahmen mehr. Am Ende stand ein schlechter Haushalt. Der Herr Bundesminister Grasser hat uns einen Schuldenberg hinterlassen, wie wir wissen, den diese Bundesregierung nun abtragen muss.

Umso erfrischender ist es aber, das möchte ich unterstreichen und doppelt anerkennen, dass die Burgenländische Sozialdemokratie, der Herr Landeshauptmann Niessl und sein Team, eine ganz andere Politik machen. Nämlich eine, wie Karl Stix seinerzeit schon gesagt hat, bremsen und Gas geben. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Da drehst Du Dich aber im Kreis!*) Bremsen bei den Ausgaben.

Nein, Nein, da müssen Sie eben ein bisschen intelligenter denken. Bremsen bei den Ausgaben, aber Gas geben bei den wichtigen (*Abg. Oswald Klikovits: Erklären Sie uns das einmal, Sie Gescheiter!*) Zukunftsinvestitionen in der Infrastruktur, in der Bildung, auch in der Bekämpfung von Armut, weil wir das den Burgenländerinnen und Burgenländern schuldig sind.

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir beweisen, dass wir stabile Finanzen im Land haben. Wir verschreiben uns auch in Zukunft einer stabilitätsorientierten Budgetpolitik. Beleg eins heute war der Rechnungsabschluss, der zum siebenten Mal ausgeglichen war, Beleg zwei ist ein gigantisches Wirtschaftsförderungspaket, das dieses Land in seiner Geschichte zuvor noch nie gesehen hat und Beleg drei, den gibt es in einigen Stunden, wenn der Herr Landesrat Bieler seine Budgetrede zum Haushalt 2009 und 2010 halten wird. Da werden Sie sehen, stabilitätsorientierte Politik ist SPÖ-Politik. Ich danke Ihnen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, hat der Herr Berichterstatter das Schlusswort. (*Abg. Josef Loos: Ich verzichte!*)

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über die Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2008) wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG mehrheitlich zugestimmt.